

HARMONISIERUNG

Beamte von VP-Modell kaum betroffen

Wer von der Harmonisierung erfasst wird, bleibt strittig. Geht es nach Bundeskanzler Schüssel, sind Beamte kaum betroffen.

WIEN (red.). Bei dem Runden Tisch zur Pensionsharmonisierung am Mittwoch, der letzten Sitzung in diesem Jahr, prallten zwei Lager aufeinander. Während die ÖVP und Beamtengewerkschafter Fritz Neugebauer sich für ein einheitliches Pensionssystem für alle über 35 Jahre aussprechen, eint die Opposition, ÖGB-Präsident Fritz Verzetnitsch, aber auch Teile der FPÖ und die Junge ÖVP die Position einer Stichtagsregelung. Demnach würde ab einem bestimmten Datum ein einheitliches Pensionsrecht für alle gelten, während bis dahin erworbene Ansprüche bestehen blieben.

Die erste Variante hätte für die Beamten den Vorteil, dass nur ein

kleiner Teil von ihnen von dem neuen harmonisierten System betroffen wäre. Denn nach den im Hauptverband der Sozialversicherungsträger vorliegenden Daten sind von insgesamt 317.000 pragmatisierten Beamten nur 46.000 unter 35 – dies sind nur 14,5 Prozent der Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Die überwiegende Mehrheit würde in ihrem bisherigen Pensionsrecht verbleiben. Für die geschäftsführende FP-Chefin Ursula Haubner ist dies „sicher ein sehr sensibler Punkt“. Um die noch bestehenden „großen Unterschiede“ zwischen Beamten und ASVG-Versicherten auszumerzen, plädiert sie für eine rasche Harmonisierung. Wie auch ihr Bruder, Kärntens Landeshauptmann Jörg Haider, oder FP-Sozialsprecher Sigisbert Dolinschek ließ sie Präferenzen für die Stichtagsregelung erkennen.

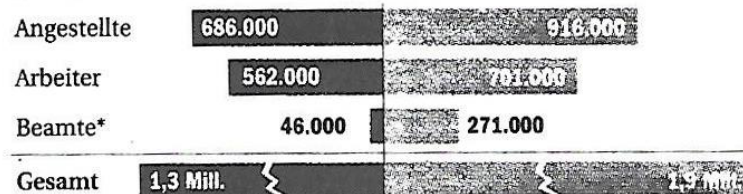
Pensionsexperte Bernd Marin sieht keinen Grund, die Harmoni-

PENSIONS-HARMONISIERUNG – BETROFFENE

Stand Nov. 2003

■ Unter 35-jährige unselbstständig Beschäftigte, betroffen von der Pensions-Harmonisierung (Regierungs-Vorhaben)

■ 35-Jährige und älter, nicht betroffen



*pragmatisiert

[Quelle: Apa, Hauptverband ■ Grafik: Die Presse/vL]

sierung der Pensionssysteme nur für unter 35-Jährige wirksam werden zu lassen. Alles spreche für eine Stichtagsregelung.

Ein ganz anderes Modell schwebt Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl vor: Das neue Pensionsrecht soll für alle neu ins Berufsleben Eintretenden gelten.

Mit Häme kommentierte die Opposition das Scheitern des Zeitplans. SP-Vize Heinz Fischer meinte, die Regierung ernte jetzt die schlechten Früchte der Durchsetzungslosigkeit vom Sommer. VP-Generalsekretär Lopatka kontierte: „Die Harmonisierung ist kein Sonntagsspaziergang.“